



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckhaus: Arbeiterschmiede Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 11. Juni 1928

Nummer 134

Schwere D-Zugs-Katastrophe

Der Schnellzug Nürnberg—Köln über eine Böschung gestürzt

**22 Tote
über 100 Verletzte**

Nürnberg, 10. Juni. Telunion.

Sonntag um 2.30 Uhr ereignete sich bei Siegelsdorf, zwischen Nürnberg und Würzburg, ein entsetzliches Eisenbahnunfall. 200 Meter hinter der Station Siegelsdorf entgleiste der Schnellzug D 47 München—Nürnberg—Würzburg—Frankfurt—Köln auf freier Strecke und stürzte den Damm hinunter. Die Folgen waren entsetzlich. Die Lokomotive stürzte die 10 Meter hohe Böschung hinab, überschlug sich und blieb mit dem Ende in Richtung Nürnberg, tief in das Erdreich eingehoben, liegen. Der nachfolgende Gepäckwagen blieb auf dem Bahnhofsvorplatz stehen, während die nächsten fünf Personenwagen umstießen, zum Teil ineinander geschoben und völlig zertrümmert wurden. Der mittlere Wagen ist gänzlich durchgeknallt, sodass die beiden Hälfte nebeneinander liegen. Aus diesem Wagen wurden die meisten Toten geholt. Der Schlusswagen ist fast vollständig unbeschädigt geblieben. Bis jetzt wurden außer 22 Toten eine große Anzahl Schwerverletzte und gegen 100 leichtverletzte geborgen. Man nimmt jedoch mit größter Bestimmtheit an, dass sich unter den Trümmern noch weitere Tote befinden. U.a. lag man eine Dame aus den Trümmern, die zwischen zwei Toten eingeklemmt war und noch Lebenszeichen von sich gab. Unter den Toten befindet sich auch der Lokomotivführer, während der Heizer die Geistesgegenwart behielt, im letzten Augenblick abzuhalten. Die meisten Verletzungen entstanden durch den aus der umgestürzten Lokomotive entstömenden Dampf, der entsetzliche Verbrennungen verursachte. Auch die Toten sind zum größten Teil durch den austostromenden Dampf derart verbrüht worden, dass sie vollkommen unkenntlich sind. Die Verletzungen der Reisenden waren grauenrerend. Aus dem Wagen klangen ununterbrochen die Schreie der Verwundeten. Immer wieder wurde der Ruf nach Wasser laut. Einige 40 Verletzte wurden mittels Sanitätsautos sowie durch Sanitätswagen der Reichsbahn in das Fürther Krankenhaus überführt. Zwei Sanitätskolonnen sowie Abteilungen der Nürnberger Berufs- und Freiwilligenfeuerwehr waren sofort zur Stelle. Der Zugverkehr von München nach Nürnberg ist einstellend noch gesperrt. Auf welche Weise sich das schwere Unglück ereignet hat, wurde bis jetzt noch nicht festgestellt. Man neigt der Ansicht zu, dass ein Dammrutsch Anlass zur Entgleisung des Zuges gegeben hat.

Die Ursache des Unglücks

Die Ursache des furchtbaren Unglücks ist bis zur Stunde noch vollkommen unklar. Es wird nur mitgeteilt, dass der Zug mit voller Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde die Unglücksstätte passieren sollte. Die amtlichen Stellen halten mit einem Urteil über die Ursache des furchtbaren Unglücks noch immer zurück. Unter den vielen Täufenden, die am heutigen Sonntag die Unglücksstätte besuchten, gehen die wilde-

Der Sozialdemokrat soll die Regierung bilden / Aufruf von Hindenburg
Bildung der Großen Koalition

Der Reichspräsident von Hindenburg bestätigt in der Besprechung am Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten Löse, dass er am Dienstag den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erteilen werde, da die Regierung erst am Montag zurücktreten werde. Er gedenke, den Auftrag einem Sozialdemokraten zu geben. Zunächst wolle er aber am heutigen Sonnabend die Parteiführer zur Besprechung darüber empfangen, welche Partei und welche Persönlichkeiten für die Bildung einer neuen Regierung in Frage kommen könnten, um Klarheit für seine Entscheidung zu schaffen.

Obige Meldung bringt heute die Telegraphen-Union. Der Mann, der von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt werden soll, ist Hermann Müller. Noch vor ein paar Tagen schrieben die Dresdner Volkszeitung und die Chemnitzer Volksstimme, dass die Große Koalition nicht das Gegebene für die Arbeiter sei. Wir schrieben, dass dieses Manöver der sächsischen SPD nur noch wenige Tage dauern werde, dass dann diese Seifenblase zerplatze. Heute ist die Seifenblase schon vollständig zerplattet.

steine Gerüchte um. Ohne dass irgendwelche Unhaltspunkte gegeben werden können, wird von einem Attentat gesprochen. Von anderer Seite aber wird behauptet, dass das Unglück mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Dammrutsch zurückzuführen sei.

An der Unglücksstätte

Der „Montag-Morgen“ berichtet, dass bereits 20 Minuten nach dem Unglück sowohl von Würzburg als auch von Nürnberg Hilfszüge abgerollt sind. Sanitätskolonnen und Feuerwehren eilen gleichzeitig herbei. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Die Verletzungen der Reisenden waren grauenrerend. Das Fleisch hing den Toten und teilweise auch Schwerverletzten von Händen und Gesicht. Schwere Verletzungen sind durch den von der Lokomotive austostromenden Dampf entstanden. Ein Mann, der mit dem Kopf zwischen die Tür eines Wagens eingeklemmt war, konnte erst nach 2½ Stunden befreit werden. Fast sechs Stunden, nachdem das Unglück geschehen war, wurde eine Frau geborgen, die mit schweren Verletzungen zwischen zwei Toten eingeklemmt war und noch Lebenszeichen von sich gab. Die Verletzten, um die sich eine große Anzahl Bergleute bemühten, wurden per Auto nach Fürth und Nürnberg transportiert. Unter den Toten befindet sich auch der Lokomotivführer. Der Heizer konnte sein Leben durch einen geistesgegenwärtigen Sprung retten. Der Verkehr auf der Strecke wurde zunächst vollkommen unterbrochen.

Wieviel waren es?

Der Kölner SPD-Parteiausschuss und die sozialdemokratischen Zeitungen

Als Kommentar zu dem Beschluss des Parteiausschusses der SPD bringt der „Sozialdemokratische Pressediensst“ einen Artikel, der den Anschein erwecken soll, als sei ein einstimmiger Beschluss in Köln zustande gekommen. Es heißt dort:

„Auch die sächsischen Sozialisten, die in Kiel noch ableiten standen, sind heute mit der ganzen Partei in dem Gedanken einig, dass die Sozialdemokratie nach dem Erfolg vom 20. Mai sich der Verantwortung nicht entziehen darf. Der einzige Streit um das Koalitionsrecht ist ein für allemal überwunden.“

Wir können nicht beurteilen, wie weit die jämmerliche Kapitulation der „linken“, zentralistischen Führer vor dem Parteivorstand in Köln gegangen ist. Die linke SPD-Presse befindet sich jedenfalls in kläglicher Verlegenheit. Man hat den Stimmungen der Proleten ein paar Konzessionen gemacht, hat scheinradikale Töne angeschlagen, um die sozialdemokratischen Arbeiter bei der Stange zu halten und erst recht für die Koalitionspolitik einzutragen. Aber der Übergang zu dieser Koalitions-politik, der Übergang vom radikalen Schein zur reformistischen Wirklichkeit und Praxis ist ein wenig undecken. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, indem sie sich um jede klare Stellungnahme förmlich herumwindet:

„Wir halten es aber für ganz ausgeschlossen, dass in Köln nicht eine Stimmung gegen die Beteiligung an der Regierung laut geworden sein soll. Das kann auch schon deswegen nicht richtig sein, weil die kurze Meldung sagt,

dass der Beschluss mit „überwältigender Mehrheit“ angenommen worden ist. Es muss also eine Minderheit gegen den Beschluss vorhanden gewesen sein... Wir glauben weiter über die Stellungnahme der sächsischen Vertreter zur jetzigen Koalitionsfrage soweit unterrichtet zu sein, um sagen zu können, dass wenigstens vier von sechs Genossen und Genossinnen gegen die Regierungsbeteiligung sind.“

Im Gegensatz dazu verkündet die „Rheinische Zeitung“ des Erftalaktionisten Sollmann, dass die SPD „niemals einiger war als in dieser Stunde“. Am lächerlichsten nimmt sich die Chemnitzer „Volksstimme“ aus, die zum Beschluss des Parteiausschusses erklärt, sie könne „noch nichts Näheres sagen“, gleichzeitig aber einen Artikel der „linken“ Toni Sender veröffentlich, der sich von der ersten bis zur letzten Zeile mit wahrhaft akrobatischem Geschick bemüht, zur Frage der Koalitions-politik keine Stellung einzunehmen.

Es bleibt abzuwarten, ob es die zentralistischen Führer und die linke SPD-Presse wagen werden, in den nächsten Tagen ihre Kapitulation vor dem Parteivorstand durch offenes Bekennen zum Koalitionsbeschluss der SPD zu tragen, oder ob der Druck der Arbeiterchaft in diesen sozialdemokratischen Bezirken so stark ist, dass die Zentralisten noch weiter „Opposition“ meinen.

für die SPD-Arbeiter bleibt sich das gleich. Ihr Platz ist nicht hinter den möglich schwankenden Gestalten dieser Halb- und Haldopolitiker, sondern an der Seite der Kommunisten in der Klassenfront gegen die Koalition!



Hermann Müller

ständig zerplattet. In der Sonnabendausgabe schreibt der Vorwärts unter der großen Überschrift: „Hermann Müllers Aufgabe“, dass jetzt drei Wochen seit dem 20. Mai vergangen seien, dass jetzt nicht nur geredet, sondern auch gehandelt werden müsse. Der Reichspräsident habe Hermann Müller wissen lassen, dass er ihn mit der Regierungsbildung am Dienstag beauftragt werde. Das Kabinett Marx tritt dann zurück.

Der Vorwärts schreibt dabei offen und klar, so dass es auch für die sächsischen SPD-Führer kein Versteck mehr geben kann, dass die Große Koalition das erste Ziel der SPD ist. Jetzt schon konnten die Vorbereitungen geistet werden, um die Schwierigkeiten zu überwinden.

„Es ist kein Geheimnis, dass Hermann Müller versucht will, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden. Für diesen Versuch sprechen vor allem zwei Umstände: erstmals ist eine breite soziale Mehrheit — wenn sie zusammenhält — einer knappen und unsicheren vorzuziehen, zweitens aber haben gerade die beiden sozialdemokratischen Minister des alten Kabinetts der sozialdemokratischen Opposition an allerwenigsten Gelegenheit zu Angriffen gegeben. Einer von ihnen, Herr Stresemann, hat sich sogar durch geschickte Abdichtung der von der Sozialdemokratie empfohlenen Außenpolitik eine überaus angenehme internationale Position erworben. Auch während der Bürgerkriegsperiode herrschte zwischen dem Außenminister und der sozialdemokratischen Opposition mehr Vertrauen und Vereinstimmung als zwischen ihm und der deutsch-nationalen Regierungspartei.“

Das ist deutlich und klar. Wieder erzählt der Vorwärts, dass Stresemann doch schon immer die Politik der SPD gemacht habe, dass es deswegen nicht weiter schwierig sei, die Koalition zu bilden.

„Sollte trotzdem die Bildung einer Großen Koalition an der Haltung der sozialparteilichen Unterhändler scheitern, so bliebe die Weimarer Koalition, etwa durch die Bantische Volkspartei oder die Deutsche Bauernpartei verstärkt, die weitauß aussichtstreichste Kombination. Ihre Brauchbarkeit hat sie in Preußen bewiesen, dass die Wahlen ohne Krisi überstanden hat. Wer auf diese Möglichkeit verzichtet, macht den rechten Flügel der Volkspartei zum Herren der Situation. Das hieße aber gerade das erreichte Ziel, eine Dauer verprechende Regierung zu stande zu bringen, schwer gefährdet.“

So führt der „Vorwärts“ fort. In Preußen bestand eine soziale Weimarer Koalition. Die Sozialdemokraten haben diese Preußenregierung als das Glanzstück ihrer Regierungskunst gepriesen. Im Reich aber denken sie nicht einmal daran, eine soziale Regierung zu bilden. Zuerst wollen sie die Große Koalition versuchen, nur wenn das nicht geht, dann soll die berühmte Preußenkoalition gebildet werden.

Die „Volkszeitung“ schweigt am Sonnabend wieder bestimmt zu der Regierungsbildung. Dieses Blatt am Sitz des Landesausschusses der SPD hält es für richtig, zu dieser die Massen interessierenden Frage nichts zu sagen. Das „Sächsische Volksblatt“, Zwickau, nimmt auf der ganzen ersten Seite Stellung zu der Frage. Aber auch die Zeitung des Max-Brandenburg schreibt:

„Praktisch bedeutet er die Bereitschaftserklärung der Partei für die Große Koalition oder irgendeine andere Koalition mit bürgerlichen Parteien.“

Um die notwendige „linke“ Orientierung zu schaffen, schreibt das „Volksblatt“ vorher, dass der Beschluss des Parteiausschusses auf die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung bedeuten könnte. Dann vollzieht das „Volksblatt“ den bekannten Trick um die Frage der Bedingungen. Es schreibt:

„Angesichts der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird bei den Auseinandersetzungen in der Fraktion der Kampf viel weniger gehen um die Frage, ob die Sozialdemokratie sich an der Regierung beteiligen soll, als um die Frage, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen die Sozialdemokratie an der Regierung teilnehmen darf.“

Auf die „Bedingungen“ hat der „Vorwärts“ deutlich genug eine Antwort erbracht. Auch jetzt schreibt der „Vorwärts“ davon kein Wort, er erlässt vielmehr:

25. Genossenschaftstag der Arbeiterkonsumvereine in Dresden

Vom 11. bis 13. Juni findet in Dresden der 25. Genossenschaftstag der Arbeiterkonsumvereine statt. Am 14. Juni ist die Generalversammlung der GEG und sind eine Reihe andere Tagungen. Der Dresdner Genossenschaftstag wird im Zeichen des 25-jährigen Bestehens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stehen, der am 17. und 18. Mai 1903 in Dresden gegründet wurde. Die heutige Lage, in der der Genossenschaftstag zusammentritt, ist gekennzeichnet

durch die Verschärfung der Klassengegensätze,
die Abmilderung der Hochkonjunktur,
eine neue Tiefenwirtschaftsperiode,
Lohn- und Arbeitszeitkämpfe,
Schärfen um die Koalitionsregierung und
die Entwicklung der Arbeitermassen.

Auch im letzten Jahr haben die reformistischen Genossenschaftsführer die Konsumvereine in den Dienst des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus, für die „Stabilisierung der Wirtschaft“ gestellt. Die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Wirtschaftsmagnaten (u. a. Zündholzsyndikat, Mitgliedschaft der ehemaligen Arbeitgeberverbänden usw.) und mit dem durchaus sozialen Staatsapparat wurde fortgesetzt. Die reformistischen Führer haben die genossenschaftliche Steuerbelastung (Umsatz-, Gewerbesteuern usw.), den Zoll- und Steuerausbau der Bürgerblockregierung als unabänderliche Tatsache hingenommen. In dem neuen Jahresbericht wirdleinmütig festgestellt, daß die Entwicklungen des letztjährigen Genossenschaftstages in Ehren der Bürgerblockregierung als „Material“ überwiesen wurden, ohne die geringste Beachtung zu finden. Wie sich die reformistische Bureaucratie mit den brutalen Tatsachen einfach abfindet, zeigt die Erklärung Bäckleins im neuen Jahresbericht: „Wir hoffen, daß es vielleicht (?) noch einmal ein Reichstag finden wird, der diese Ungerechtigkeit beseitigt.“ Auch im letzten Jahre wurde von den reformistischen Instanzen die proletarische Solidarität in Arbeiterkämpfen verweigert und lediglich in einigen Konsumvereinen eine Streitunterstützung an die im Kampf befindlichen Genossenschaftsmitglieder gewährt. Mit der wachsenden Macht der kapitalistischen Monopoldorganisationen finden sich die reformistischen Instanzen einfach ab. Die Preisdictat der kapitalistischen Monopole wurden hingenommen und im Falle des Zündholzsyndikats wurden sogar die Bemühungen des Syndikatsunterstützt, und die reformistischen Führer wurden Ruhmreicher des Monopolismus. Sie fordern weiterhin die Schaffung eines Kartellaussichtsamtes und die „Kontrolle“ der Monopoldorganisationen durch die kapitalistische Regierung. Welche Verwirrungen die vulgären Ausschreibungen über die Wirtschaftslage und relative Stabilisierung des Kapitalismus angerichtet haben, zeigt sich am Beispiel Bäckleins, der ernstlich im Bericht schreibt, daß auf- und absteigende Konjunktur nur dann vermieden werden können, wenn das Hochschulglockensystem in Deutschland sowie auch in den übrigen Ländern Europas abgebaut wird. Mit der Beseitigung der Zölle und der Einführung des freien Handels hat also Bäcklein in seiner Naivität das „Rezept“ für die „absolute Stabilisierung“ der Wirtschaft gefunden.

In diesem Jahre hat nunmehr auch der Führer des Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, seine Illusion über das friedliche „Hineinwachsen in den Sozialismus“ allein durch die Genossenschaften — diesen Beschluss des Internationalen Genossenschaftskongresses 1921 in Basel — preisgegeben. Für die Erreichung der „Gemeinwirtschaft“ spricht er jetzt auch den kapitalistischen Staatsunternehmungen, den Betrieben der Gemeinden, den Unternehmungen der Gewerkschaften, den Landwirtschaftlichen Genossenschaften neben den Konsumgenossenschaften Bedeutung zu. Das bedeutet eine „Aussöhnung“ der theoretischen „Differenzen“ mit der Gruppe um Ischettich und die offensichtliche Kapitulation der Genossenschaftssozialisten vor der „Wirtschaftsdemokratie“, wie sie von Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD „begründet“ wurde.

Die Ausstellung der Tagesordnung für den Genossenschaftstag zeigt, daß sich die reformistische Bureaucratie keineswegs von der jungen Lage und den notwendigen proletarischen Aufgaben der Arbeiterklasse und der Konsumvereine hat leiten lassen. Wieder stehen nur die üblichen Jahresberichte und neben der Internationalen Genossenschaftspolitik Fragen der Presse, Deutschen, Fleischversorgung und Fortbildungswerkstatt zur Verhandlung. Deshalb wird die proletarische Opposition den Versuch machen müssen, von sich aus die aktuellen Aufgaben zu behandeln.

Nachdem langjährige Tarifverträge von den Gewerkschaften für die Arbeiter abgeschlossen sind, seien wir eine neue Tew-

lungswelle. Die Arbeiterschaft muß, um eine Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitszeit zu erreichen, zwischenklasse Lohnbewegungen von den Gewerkschaften fordern. In diesen Kämpfen obliegt den Konsumvereinen aus proletarischer Klasseidolidität, aber auch aus eigenen genossenschaftlichen Interessen, die Pflicht der materiellen Hilfeleistung. Diese genossenschaftliche Streithilfe, die nur eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Streitunterstützung sein kann, ist im Rahmen der materiellen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine je nach der Bedeutung und des Umfangs der Kämpfe zu gewähren. Die Konsumvereine sind verpflichtet, mit den kreisführenden Organisationen gegenseitige Vereinbarungen über die Unterstützung zu treffen.

Den Werkkonsumanstalten und den Vereinen wird heute mit einer hoffnungslosen Gleichgültigkeit gegenüber gestanden und die Gefahr entdeckt. Die als Teil des Betriebssozialismus von den Unternehmen unterhaltenen Werkkonsumanstalten beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Konsumvereine.

Durch eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und eine umfassende Auflärungsarbeit muß den Werkkonsumanstalten durch den härtesten Kampf ihre Basis in der Arbeiterschaft gezogen werden. Die Werkkonsumvereine sind zu einer Verschmelzung mit dem am Orte vorhandenen Arbeiterkonsumverein zu veranlassen. Gemeinsame Ausschüsse der Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräte müssen zu diesem Zweck eingesetzt werden.

Gegen den Zoll- und Steuerausbau und für die unbeschränkte Einfuhr des Getreidesches muß der härteste Kampf ausgetragen werden. Die proletarischen Mitglieder sind über die Auswirkungen der genossenschaftlichen Steuerbelastung, der Zölle und Massensteuern auf die Lebenshaltung der werktätigen Schichten aufzuklären. Die Genossenschaften müssen mit den Gewerkschaften gemeinsame Massenaktionen organisieren und deshalb mit dem ADGB ein entsprechendes Abkommen treffen. Um die bei einem Teil der Genossenschaftsmitglieder vorhandenen Illusionen über die Koalitionsregierung mit der SPD zu zerstreuen, soll der Genossenschaftstag auch nur einige Forderungen auf genossenschaftliche Steuerbefreiung, für Aufhebung der Zölle und Massensteuern stellen, und es wird sich sofort zeigen, daß auch von dieser Regierung keine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen zu erwarten ist.

Bei der Verstärkung mit der internationalen Genossenschaftspolitik ist die Preisgabe der Politik des Völkerbundes

und die Durchführung der proletarischen Klassenpolitik des IGB zu fordern. Der deutsche Verband muß sich gegen die erneute Bedrohung der Einheit wenden und vom IGB den Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Offensive des Weltkapitals, gegen Gaulehramus, gegen imperialistische Kriegsgefahr und gegen die Einkreisung der Sowjetunion, des einzigen Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, fordern.

Auch die geschäftlichen Aufgaben werden in Dresden kritischer zu prüfen sein. Die Ansammlung eigener Betriebsmittel, wie auch die Anhäufung von Sparzeidern ermöglichen einen schnelleren Ausbau der Betriebe der GEG und der Einrichtungen der einzelnen Konsumvereine. Die GEG muß neue Betriebszweige, wie die Produktion für Margarine, Zucker usw. aufnehmen. Dem Konsumverein sind Gelder für die Errichtung von Spezialläden für Fleisch, Brot, für Wäscherien, Speisehäuser, Kinderbetreuungsheimen, Wanderverteilungsstellen usw. usw. zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitsteilung zwischen der GEG und den einzelnen Konsumvereinen bedarf einer Überprüfung, da es notwendig erscheint, daß die GEG Warenhäuser zentral betreibt usw. Die Opposition macht nicht nur Vorschläge für die Einreichung der Genossenschaften in die proletarische Kampffront, sondern sie hat auch Vorschläge für die geschäftlichen Fragen dem Genossenschaftstag unterbreitet. Von einigen Konsumvereinen sind entsprechende Anträge gestellt.

Die Zusammenfassung des Genossenschaftstages läßt nicht erwarten, daß die reformistischen Instanzen die Vorschläge der proletarischen Opposition ablehnen werden. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder werden aber auch vor dem Forum des Genossenschaftstages ihre proletarischen Aufgaben hören. In der Zeit des Monopoltapitalismus, der Herrschaft der allmächtigen Trusts und Banken können die Konsumvereine ihre Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie sich auf den Konkurrenzkampf mit dem Kleinhandel beschränken. Die Konsumvereine müssen geschäftlich gestärkt und ausgebaut werden, aber sie können ihren Aufgaben nur dann nachkommen, wenn sie den Kampf um die Preisegestaltung als organisierten proletarischen Klassenkampf gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen proletarischen Klassenorganisationen als Kampf gegen die neue Tendenz, gegen den Zoll- und Steuerausbau der Regierung, gegen die Preisdictat der kapitalistischen Monopole, für die Unterstützung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe, gegen die imperialistische Kriegspolitik des Völkerbundes, gegen den kapitalistischen Staat und für den Sturz der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen.

Die Konsumvereine unter Ausnahmerecht

Das heutige geltende Genossenschaftsgesetz besteht noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Die reformistischen Genossenschaftsführer haben sich mit den Ausnahmevereinigungen gegen die Konsumvereine längst abgeführt und haben nach 1918 keine andere Aufgabe, als für die großen Konsumvereine an Stelle der allgemeinen Generalversammlung die Zusammensetzung der Generalversammlung aus Vertretern der Mitglieder einzuführen. Mit der Beratung der diesbezüglichen Novellen im Reichstag in den Jahren 1922/23 wurde von ihnen die Aufhebung des Ausnahmerechts nicht einmal angeregt. Um zu verhindern, daß die Arbeiter in den Konsumvereinen zu politischen Angelegenheiten Stellung nehmen, wurde bei Schaffung des Gesetzes im Jahre 1889 im § 81 die Bestimmung aufgenommen, daß eine Genossenschaft aufgelöst werden kann, wenn sie sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andere als wie in die diesem Gesetz (§ 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt. Der § 81 gibt als Zweck „die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlicher Geschäftstätigkeit“ an. Nach den Befunden des Gelehrten dürfen sich die Genossenschaften mit keiner politischen Frage beschäftigen. In früherer Zeit haben sich die heutigen reformistischen Führer der Konsumvereine scharf gegen diese Bestimmungen gewandt. Dieselben Leute halten sich aber heute für berufen, auf das Damolleschwert des § 81 hinzuwischen, wenn ein proletarisch gelebter Konsumverein zu irgendeiner politischen Frage Stellung nimmt, die nicht in den Rahmen der Zusammenarbeit der reformistischen Führer mit den Klassenfeinden der Arbeiterschaft paßt. Wenn sich auch bisher noch kein Gericht gefunden hat, einen Konsumverein aufzulösen, weil er sich mit anderen als den im § 81 genannten Aufgaben beschäftigt hat, so ist dieses aber in der Zukunft immerhin möglich. Im Falle Schwarzenberg hat der Vorstand des Sach-

ischen Verbandes zur Rechtfertigung seiner Maßnahmen angeführt, daß der Rechtsverband geklich verpflichtet ist, Verhöle von Konsumvereinen gegen das Gesetz den zulässigen Begehren zu melden. 40 Jahre nach Fall des Sozialistengesetzes ist es wirklich an der Zeit, auch den Gesetz des Sozialistengesetzes aus dem Genossenschaftsgesetz herauszubringen. Nach der Verfassung der demokratischen Republik soll es ja keinerlei Beschränkung der politischen Betätigung der Staatsbürger geben.

Das Verbot der Warenabgabe an Nichtmitglieder ist eine weitere Ausnahmevereinigung für die Konsumvereine, die nicht länger geduldet werden kann. Nach dem jetzt gerade diese Bestimmung schon für eine Anzahl Konsumvereine die unangenehmsten Folgen gehabt hat, muß der härteste Kampf für deren Belebung geführt werden. Nicht nur Händlerorganisationen benutzen diese Bestimmung, um durch Nichtmitglieder Waren in den Konsumvereinen kaufen zu lassen und dadurch deren Bestraftung herbeizuführen und Schadenersatzansprüche gegen sie geltend zu machen. Sogar Finanzämter haben in der letzten gleichen Methode angewandt, um die Heranziehung der Genossenschaften zur Körperstrafe zu begründen zu können. Trotz diesen Erfahrungen wird die Aufrechterhaltung des Verkaufsverbots von den reformistischen Führern verteidigt. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau lädt noch Anfang dieses Jahres, daß derjenige ein Feind der Genossenschaften ist, der im Reichstag einen Antrag zur Aufhebung des Verkaufsverbots einbringen wird. Wie die proletarischen Mitglieder in allen genossenschaftspolitischen Fragen gegen die reformistischen Führer den Kampf führen müssen, so müssen sie auch gegen diese für die Belebung des Ausnahmerechts eintreten. In Verbindung mit dem außerparlamentarischen Massenkampf für die proletarischen Genossenschaftsforderungen muß auch dieses Ausnahmerecht fallen.

dieses tüchtigen Charakterpielers, die sogar mit Beifall auf offener Sczne bedurft wurde. Details hierüber seien uns erhalten. Freilich muß man viel Selbstständigkeit mitbringen, um aus dem bürgerlichen Lustspiel die antifürgerliche Satire herauszuholen. Verdeckt ist sie vorhanden. Aber im wirklichen Leben pflegen alle diese Dinge anders abzulaufen. Des war der Kranz-Scheller-Prozeß, der Schülervorstand in Peitzem, des und die fast täglichen Schülersturmorde Zeugnis. Die Wurzeln dieser Dinge, der Zerstörungsprozeß der heutigen Gesellschaft und ihrer Familie, kann ein sommerliches Bürger-Lustspiel freilich nicht aufdecken.

Bett und Sosa

Der neue Russen-Film

Als vor etwa zwei Jahren der erste sowjetrussische Film — Potemkin — in Deutschland gespielt wurde, war er monatelang das größte Ereignis im Kino. So unerhört waren die künstlerischen Leistungen, so im wahrsten Sinne des Wortes genial das Spiel, daß alles Bisherige in den Schatten gestellt wurde. Selbst die fanatischsten Gegner Sowjetrusslands haben sich gezwungen, den hohen künstlerischen Wert, wenn auch widerstrebend und trippelnd, wie eine Illegie im Spinnennetz ... „klassischer“ Bildung und staatsbildigerlicher Vollkommenheit. Etwas weniger wäre freilich mehr gewesen. Das heißt: Charakteren mag's nicht immer. Alles in allem jedoch, eine prachtvolle Type, wenn auch an der Peripherie der übrigen Leistungen. Da war Steiner in der Masse eines hiebigen Hochulprofessors ein Ordinarium in blauem Röten, Herr und Meinz ein Wildfang und Badisch, vor allem Charlotte Friederich als wachs- und schlechte Aufwärterin Hulda, gebürtig aus Dresden an d' Alme“. Dabei ergeben sich auch soziale Aspekte, so wenn die „Hulda“ in dem aus der Schweiz heimgekehrten Wildfang, mit Bezug auf das ihr angelegte Geschlecht, äußert: „Gäbe mir här, ich kann's gebrauchen!!!“ Ferner in der Untersuchungskommission, die hauptsächlich von dem tollwütigen Rektorherrn getragen wird. (Ins Lustspielmäßige gewordeter Wedekind.) Wen betätigte sich in humorvoller Weise rückspringend und spöttend als ewig besoffener Pöbel. Alice Weymuth führte bissig und mit stiller Mutterlichkeit ihrem Vater durch. Die Hauptperson des Abends wie des Stückes ist der Primaner Hoffmann. Ihn gab Verhaesken. Eine Kabinettseitung

er bei Nicolai und schlägt auf dem — Sosa. Als Nicolai zur Aushilfe nach Leningrad versetzt wird, da beginnt es sich: Stärker als nüchtern, lächerlich Verstand ist das Triebseben. Fedor und Vera, die Frau Nicolais, sie finden sich ... Nicolai fehrt zurück — Fedor „bedeutet“: „Einer von uns beiden muß gehen.“ Nicolai geht! Doch als er zurückkehrt, um seine Sachen zu holen, blitzt ihm Vera, zu bleiben, und er — bleibt. Seltene Ruhestatt ist jetzt das Sosa. Und nun beginnt eine Kette seelischer Qualen und Kotzungen ... Bald fühlt sich Vera Mutter. Wer ist der Vater? — Bedeut! Nicolai schlägt vor, daß Vera das Kind in einer staatlichen Klinik abtreibe. Das seelisch gepeinigte Weib ruft den Männern als Antwort zu: „Schuft!“ Über alle Kompetenzstreitigkeiten der Männer hinweg erklärt die Frau: „Über meinen Körper verfüge ich selbst!“ Das besonders an dieser Stelle hervortretende ist, wie die Russen zielbewußt und planmäßig die Emanzipation der Frau fördern. Doch der Rat gehorchen, geht sie — der Anblick kleiner Kinder läßt in den Entschluß reisen: Du trägst das Kind aus. Sie geht nach Hause, packt ihre Sachen — auf Zimmerwiedersehen. Als die Männer nach Hause kommen, finden sie anstatt Vera einen Brief. Sie erkennen ihre Schuld ...

Hier werden Probleme, die ein ganzes Volk austrütteln, aufgerollt mit einer Rücksichtslosigkeit, die geradezu grandios ist, aber frei von jeder falschen Scham, frei von jeder Prüderie und Heuchelei! Das konnten nur die Russen schaffen! Prächtig sind die Leistungen der Schauspieler, hervorragend die Regie Alexander Kosows. Erquiekend natürlich und herzlich jede einzelne Tope, wie z. B. der Hauswärter oder der Paternenan- gänger.

Der Film „Bett und Sosa“ zeigt die Stärke Sowjetrusslands, das über alle Fragen offen distillieren kann. Die West-europäische Filmproduktion liefert derweilen Filme wie „Artur-David-Kos“ oder „Am Rüdersheimer Schloß“ ... Wahnsinnig „nur ein kleiner“ Unterschied.

Anerkennenswert ist, daß die Zenitum-Lichtspiele den russischen Film dem Dresdner Publikum zeigen, insbesondere dessen anerkennenswert, weil alle übrigen großen Dresdner Kinos die Russenfilme an die Stadtperipherie verdrängt haben. tap

So ein Mädel

Alberttheater

Es ist das „alte, gute“ Extemporale von Sturm und Fürther, das unter diesem neuen Titel (Warum denn nur?) einmalig im Alberttheater erscheint. In Dresden ist dieses Lustspiel bekannt und braucht nicht allzu eifrig protzigiert werden. Auch Proletarier können an dieser Entlastung bürgerlichen Schulbetriebes ihre Freude haben, wenn auch zu bedenken bleibt, daß bürgerliche Lustspielschelder unbedingt ihre „happy end“ (glückliches Ende) haben müssen. (Sonst wär es noch kein Lustspiel.) Die aus dem Schweizer Penkunton zuerst geborene Tochter eines Ordinariums scheelt einem Primaner — früher ihr Tanzstundenverehrer — das lateinische Exttempo- rale aus dem Konzept des Vaters, ohne leider wissen ab. Ihr Vater wiederum „verkehrt“ mit der Mutter des Primaner, ohne zu wissen, daß besagter Primaner deren Sohn, ohne daß diese weiß, daß der geliebte Ordinariums Vater einer Tochter ist. Aus diesen Verkettungen machen Sturm und Fürther drei „amüsante“ Äste, in denen ganz besonders ein ehemaliger Rektor kriminalistisch das Privatleben aller Beteiligten durchkreuzt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Sommerliche Unterhaltung, aber solche von der besseren Sorte. Und ganz besonders in dieser sommerlichen Inszenierung. Albert Willi macht den Rektor. Hin und herhant und trippelnd, wie eine Illege im Spinnennetz ... „klassischer“ Bildung und staatsbildigerlicher Vollkommenheit. Etwas weniger wäre freilich mehr gewesen. Das heißt: Charakteren mag's nicht immer. Alles in allem jedoch, eine prachtvolle Type, wenn auch an der Peripherie der übrigen Leistungen. Da war Steiner in der Masse eines hiebigen Hochulprofessors ein Ordinarium in blauem Röten, Herr und Meinz ein Wildfang und Badisch, vor allem Charlotte Friederich als wachs- und schlechte Aufwärterin Hulda, gebürtig aus Dresden an d' Alme“. Dabei ergeben sich auch soziale Aspekte, so wenn die „Hulda“ in dem aus der Schweiz heimgekehrten Wildfang, mit Bezug auf das ihr angelegte Geschlecht, äußert: „Gäbe mir här, ich kann's gebrauchen!!!“ Ferner in der Untersuchungskommission, die hauptsächlich von dem tollwütigen Rektorherrn getragen wird. (Ins Lustspielmäßige gewordeter Wedekind.) Wen betätigte sich in humorvoller Weise rückspringend und spöttend als ewig besoffener Pöbel. Alice Weymuth führte bissig und mit stiller Mutterlichkeit ihrem Vater durch. Die Hauptperson des Abends wie des Stückes ist der Primaner Hoffmann. Ihn gab Verhaesken. Eine Kabinettseitung

„Dienst am Volke . . .“

Ein Beitrag zum 100jährigen Bestehen der Dresdner Technischen Hochschule

Es war ein erfreuliches Bild für das Herz eines jeden treueren farbentragenden Gemütes. Hoch zu Ros, läbelhaftig, unter den Klängen des „Fidelicu-Matthes“, in prachtvollen Kostümen, sang die „Elite des deutschen Geistes“ mit hellstrahlenden Räcken durch die schwartz-weiß-rot und schwartz-rot-gold fliegenden Straßen Dresdens. — Mit großem Tamtam, Zuckung, Galanoptierung in der Oper („Ariadne oder Smolting“), Festessen in der Ausstellung und bei den Ratscheren usw. wurde der 100jährige Geburtstag der reaktionären Hochburg Dresdens, der Technischen Hochschule gefeiert.

Aus dieser kurzen Andeutung ist zu erkennen, welch ausgesprochen reaktionär-bürgerliche Gepräge der ganze Kummel getragen hat. Es war ja auch nicht anders zu erwarten. Die ganzen 100 Jahre ihrer Existenz hat die Hochschule kein anderes Ziel gehabt, als die mit Leib und Seele der Bourgeoisie ergebenen technisch qualifizierten Fachleute heranzuziehen, und, seitdem das Bürgertum in den Jahren der „freien deutschen Republik“ zur ausköhlenden Machstellung gelangt ist, hat sich diese Tendenz noch drastischer ausgeprägt.

Um diese nahezu einheitliche Zusammenziehung der Studentenschaft zu gewährleisten, hat die herrschende Klasse eine Menge von Mitteln zur Verfüzung, von denen nur die wenigsten unausgenutzt bleiben. — Betrachten wir:

1. die Zulassungsbedingungen;
2. die Studiendauer;
3. die Studiengebühren;
4. die Prüfungsbedingungen.

So leben wir, daß alles dies dazu ausgenutzt wird, um den Kindern werktätiger Eltern den Zugang zur Hochschule zu versperren. „Die Hochschule vom unnötigen Ballot befreien“ nennt dies der Rektor einer preußischen Hochschule. Wie ist es einem Arbeiter möglich, seinen Sohn bis zu seinem 19. Lebensjahr eine höhere Schule besuchen zu lassen, und während dieser nicht nur die Lebenskosten, sondern auch die ziemlich hohen Vermittlungskosten aufzubringen. Wahrscheinlich ist der Lohn eines Arbeiters so hoch, daß solche Ausgaben nicht besonders ins Gewicht fallen. Dies ist aber nur die Voraussetzung, um die hohen Studienkosten im Laufe der nächsten 5 Jahre bezahlen zu dürfen. Allerdings darf ein Arbeiter diesen mühseligen und kostspieligen Weg umgehen, falls er ausnahmsweise die Genehmigung erhält, sich einer Prüfung unterziehen zu dürfen, in der er eine „umfassende Vorbildung“ nachweisen muss. Die praktische Bedeutung dieser „reputativen Errungenenheit“ kann ich jeder selbst ausmachen, der die Voraussetzung der normalausgebildeten Akademiker benötigt, gegenüberstellt, die keinerealmäßige Schulbildung genossen haben. Und was heißt „umfassende Vorbildung“? Erstaunlich viel, daß ein zukünftiger Techniker Literatur und Geschichte und vielleicht gar noch Latein beherrschte, und ein Soziologe sein Gehirn mit höherer Mathematik beladen muß? Wer gesteht offen, die Notwendigkeit einer solchen „umfassenden“ Vorbildung für eine gutfundene Fachausbildung will uns nicht einleuchten. Die Beweggründe für derartige Vorbedingungen sind nämlich für jeden Einflussigen klar. Sie sind genau dieselben, die das dannende Steigen der Studiengebühren und der Studienzeit und die wachsenden Erfordernisse der Prüfungsbedingungen hervorruhen — „unnötigen Ballot fernzuhalten“.

Man denkt aber nicht etwa, daß sich diese Bedingungen gegen die vielziviler geistig Unifizierten und Vierlauten richten, man denkt nur an den hohen Prozentualen der Vierlauten, deren Mangelt an erworbenem Wissen durch den wohlgefüllten Geldbeutel des „alten Herrn“ ausgeglichen wird. Auf ein paar Semester mehr oder weniger kommt es ja diesen Leuten nicht an. Anders liegen die Verhältnisse bei den Kindern werktätiger Eltern, wenn sie auch wirklich behindert sind.

Im vorigen Semester waren an der Technischen Hochschule gegen 3000 Studenten eingeschrieben.

davon waren circa 30 Arbeitertinder (also 1 Prozent!). Entspricht das vielleicht den wirklichen Klassenverhältnissen innerhalb Sachsen?

Doch schon ziemlich radikal wirkenden Präventionsmaßregeln genügen aber den Kapitalisten bei weitem nicht. Um vollkommen sicher zu sein, daß der akademische Nachwuchs ihren Interessen voll und ganz ergeben sein wird, müssen alle zerstreuenden ideologischen Einstüsse ferngehalten werden. Die jugendliche Überhöhung der Studentenschaft auf diesem Gebiete wird durch

systematische Ausschaltung der sozialen Wissenschaften gewährleistet. Werden sie aber ausnahmsweise für einen verhältnismäßig kleinen Kreis betrieben, so geschieht das in einer Plausibilität und Einigkeit, die an Vorziegelungen falscher Tatsachen grenzt. So lehrte zum Beispiel ein Dresdner „Wissenschaftler“ (Prof. Dr. rer. pol.):

„Sozialismus ist Zwang, Despotie des Staates, Liberalismus über Freiheit!“

Zu dieser so „erzeugten“ Blasphemie wird noch durch die studentischen Korporationen eine „kapitalistische Juchtwahl“ getrieben. Durch Pflege von Kastengeist und Sondersinnel in diesen Verbündungen wird es erreicht, daß die Bezeichnung der wichtigsten Stellen in der Industrie und im Staat an die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse fällt. Wie gut die Erziehungsmethoden wirken und gewirkt haben, sehen wir an der neuen Gesellschaft, deren Maßnahmen im Donez-Bogen jetzt von dem höchsten Gerichtshof der U.S.S.R. aufgedeckt werden. 10 Jahre des sozialistischen Aufbaues haben nicht genügt, um die engen Beziehungen, welche diese Leute mit ihren ehemaligen Unternehmen verbunden hatten, auch nur zu lösen. Wie einer von diesen „Helden“ selbst deuzt hat, war die Hochschule stets bemüht, aus ihnen

einseitige Spezialisten

heranzubilden, denen jede Art sozialen Empfindens mangelt und nur das eigene Wohlgehen wichtig ist. Diese antisoziale Erziehung gelingt den deutschen Hochschulen noch bedeutsam besser als den zaristischen.

Wie mügte nun eine Hochschule aussehen, deren Feier auch wir und mit uns die ganze Arbeiterschaft abfeiern würde? Wir brauchen uns hier nicht im Reich der Utopien bewegen und uns mit Gedankenexperimenten abgeben, denn ein lebendiges Beispiel einer den breiten Massen zugänglichen und den Interessen des Proletariats dienenden Hochschule sind

die Hochschulen der Sowjetunion.

Die proletarische Regierung hat die allgemeine Zugänglichkeit der Hochschule auf folgende Weise zu erreichen gesucht:

Durch Errichtung der Arbeitsfakultäten, deren Höre von den betreffenden Gewerkschaften oder Dorfgemeinden delegiert und vom Staat erhalten werden, wird dafür gesorgt, daß sich die wirklich Befähigten, die ihnen fehlende nötige Vorbildung innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit aneignen können. Diese Arbeitsfakultäten sind nur vorübergehend notwendig, bis die höhere Schule, welche inzwischen auch den breiten Massen zugänglich geworden ist, die befähigten Arbeiter- und Bauern Kinder herangebildet hat.

Weiter ist eine zweitmäßige

Staffelung der Gebühren,

entsprechend der Stellung und der sozialen Lage der Eltern durchgeführt. 40 Prozent aller Studenten erhalten staatliche Stipendien, welche nicht nur ihre Studien, sondern auch ihre Lebenskosten decken. Der akademischen Abförderung wird dadurch entgegengearbeitet, daß alle Studenten verpflichtet sind, in den von der Hochschule zugewiesenen Betrieben zu arbeiten, um dadurch in ständiger Fühlung zu bleiben. Kulturell am wichtigsten ist wohl die Tatsache, daß die proletarische Hochschule keinen Grund hat, sich von den wirklichen sozialen und politischen Problemen fernzuhalten, im Gegenteil, sie hat das allergrößte Interesse daran, das politische Willen der Studenten zu heben; darum sind die politischen Wissenschaften in allen Fakultäten Pflichtfächer. Es ist nämlich für den Aufbau des Sozialismus wichtig, nicht die Fachleute herauszubilden.

Wir sind uns aber vollkommen bewusst, daß nur die Diktatur des Proletariats eine solche Hochschule schaffen kann.

Was haben nun aber die kommunistischen Studenten an den Hochschulen unter den gegebenen Verhältnissen, das heißt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu tun?

Die wichtigste Aufgabe ist es, den Teil der Studentenschaft, der keiner ökonomischen Lage nach par nicht zur herrschenden Klasse gehört, zu überzeugen, daß die Bourgeoisie zur Erhaltung ihrer Herrschaft ihnen einerseits durch Gewährung eines über das proletarische Leben hinweg ein wenig trautzugebenden Einkommens, andererseits, und vor allem durch Schaffung eines einheitlichen Standesbewußtseins der Intellektuellen, sie über ihre wirtschaftlichen wirtschaftlichen Interessen rauscht.

Obwohl wir wissen, daß jeder Versuch einer wirtschaftlichen Abhilfe alle Not des wirtschaftlichen schwachen Teiles der Intellektuellen, deren Interessen sich mit denen des Proletariats decken, weitertut, und daß die von den Reformen geprägten „Fortschritte“ im Hochschulwesen bestensfalls Altkarriere sind, trotzdem kämpfen wir in allen aktuellen Tagesfragen auch um die kleinsten Verbesserungen für die proletarischen und minderwertigen Studenten.

Zu den wichtigsten Tagesfragen werden folgende Forderungen erhoben:

1. Belebung der plutoökonomischen Studienordnung.
2. Aufhebung aller bestehenden Zulassungsbedingungen zur Hochschule mit Ausnahme der Altersgrenze.

Aufnahmeprüfung über spezielles Fachwissen, jedoch nur dort, wo dies zu Beginn des betreffenden Hochschulstudiums erforderlich ist.

Aufhebung aller Unterschiede zwischen ordentlichen Studierenden, außerordentlichen Studierenden und Hörern.

Aufhebung der Vorlesungen über eine bestimmte Studiendauer, außerordentlichen Studierenden und Hörern.

minare während der Ferien.

Gegen Verschärfung der Prüfungen für Erteilung regelmäßigen Gedächtnisschreibens durch Prüfung regelmäßigen Fachwissens für Deutlichkeit aller Examina. Errichtung von Übergangskursen für den Übergang von den Hochschulen zu den Berufen.

2. Wirtschaftliche Maßnahmen für die Minderwertigen. Staffelung der Gebühren, volle Gebührentreträte, lange Lehrtage und Vermittlertreträte für alle Studierenden, die aus einem selbstarbeiteten Einkommen von weniger als 2000 Mark, oder einem solchen der Eltern von weniger als 5000 Mark sich erhalten.

Verstärkung der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft, Fazitierung derselben in einem solchen Ausmaß, daß allen minderwertigen Studenten Wohnung und Miettagstisch gesichert ist.

Sicherung des Existenzminimums für Arbeiterschulen, die von den Arbeiterorganisationen auszurüsten, Heranziehung der demittelten Studenten zur Aufzehrung der Mittel für diese Maßnahmen.

3. Hochschulverfassung. Aufhebung der Autonomie der Hochschulen.

a) Ernennung der Professoren durch die Parlamente durch Vorschlag der Parlamentskommissionen, der Professorenkollegen oder Studentischen Hochschulen.

In diesem Kampf zeigen wir ihnen die Unzulänglichkeit aller Heilsversuche innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung und führen sie zum gemeinsamen Kampf zum Sturz des Kapitalismus, denn er ist zum Hemmthal der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und dadurch auch des gesamten Gesellschaftslebens, insbesondere des Wissenschafts geworden. Früher oder später müssen die Intellektuellen erkennen, daß nur die heutige proletarische Revolution sie, wie in der Sowjetunion, gemeinsam mit allen anderen Arbeitern zu neuem Aufstieg führen kann.

Die Diktatur des Proletariats

wird die Hochschulen ihres Charakters als Privilegienschulen entkleiden. Sie wird sie gemeinsam mit allen Intellektuellen, die den Weg zur Zusammenarbeit mit den Handarbeitern gefunden haben, zu Instrumenten des sozialistischen Aufbaues umgestalten.

Unter dem Druck der Kommunisten

Jetzt endlich beschäftigt der Rat die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Kriegsbeschädigten

Wie unserem Lesern bekannt ist, hat der Rat lange Zeit nicht die vorgeschriebene Zahl von Kriegsbeschädigten beschäftigt. Genosse Neuhof als Vertreter der Kriegsbeschädigten hat diesen ungemeinen Stand im Dresdner Stadtparlament zur Sprache gebracht und in einem Antrag die sofortige Einstellung von Kriegsbeschädigten mindestens bis zur gesetzlich vorgeschriebenen Höhe verlangt. Der reaktionäre Rat hat damals mit allerlei Wänden sich zu verteidigen versucht. Der Antrag des Genossen Neuhof jedoch wurde angenommen. Jetzt teilt der Rat mit, daß die Plätschzahl der zu beschäftigenden Schwerbeschädigten durch Neuereinstellungen erreicht sei. Gibt unter dem Druck der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion sich der Rat gezwungen, diesen Stand abzuändern. An den Werktäglichen Dresdens liegt es, die Tätigkeit der kommunistischen Stadtverordneten konsequent zu unterstützen.

Der „wahrheitsliebende“ Gewerkschaftsangestellte Stern

Eklärung

des Genossen Werner:

Raut Sternogramm hat der Stadtverordnete Stern in der Sitzung vom 19. April 1928 bei der Behandlung des kommunistischen Antrages, die Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter betreffend, unter anderem wörtlich folgendes ausgeführt:

„Die Mitgliedschaft des Kollegen Werner ist jedenfalls nicht übermäßig lang, so daß die Herrschaften gar keine Ursache haben, davon zu sprechen, was in den Jahren 1910, 1915 und in allen früheren Jahren die jeweiligen gewerkschaftlichen Arbeiter erreichten haben.“

Dazu erklärt er folgendes:

1. Wie Kommunisten sind nicht der Meinung, daß eine lange Zugehörigkeit zur Gewerkschaft in jedem Falle die Voraussetzung dafür bietet, daß der Betreffende ein guter Vertreter der Arbeiterschaften ist, sonst hätten gerade die Führer der USPD den ersten Anspruch darauf, da sie ja meist seit Jahrzehnten in der Gewerkschaftsbewegung stehen. Außerdem gibt es gerade auf den jüngsten Gewerkschaften genug sozialdemokratische Angestellte, deren Zugehörigkeit zur Organisation über ein Jahrzehnt nicht hinausgeht.
2. Wenn ich mich trotzdem gegen die Behauptung des Kollegen Stern wende, so deswegen, weil sie eine bewußte Unwahrheit darstellen, die mit der Absicht ausgeprochen worden ist, einer sozialen Diskussion auszuweichen und dafür Mitglieder der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion bei den Arbeitern in Mitleid zu bringen.

Ein schwerer Zusammenstoß

Die Folge: 4 Verletzte

Am Sonnabend in der 14. Stunde ereignete sich an der Kreuzung Chemnitzer und Würzburger Straße ein komplizierter Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Kraftwagen. Dabei wurden vier Personen verletzt, die 3 T in das Friedrichslüder Krankenhaus transportiert werden mußten. Der Straßenbahnenverkehr ruhte über eine halbe Stunde.

Ein Wildschwein in ein Motorrad gerannt

Gestern ereignete sich auf der Rabenberger Landstraße zwischen Heidemühle und Rabenberg ein eigenartiger Motorradunfall. Aus der Heide kam plötzlich ein Wildschwein in die Räume eines Motorrades gerannt. Das Motorrad stürzte um und wurde schwer beschädigt, während der Führer sowie die mitfahrende Dame mit leichten Verletzungen davonrannten. Das Wildschwein hatte sich inzwischen wieder in den Wald zurückgesetzt.

Ein nettes Liebespaar. Am Donnerstag nachmittag erschien in einem Goldwarengeschäft auf der Voigswitzer Straße eine junge Frauensperson, die sich verschiedene Waren zur Ansicht vorlegten ließ. Unter einem Vorwand veranlaßte sie schließlich den Inhaber, ihr eine Damenuhr aus dem Schaufenster herauszuholen. Diesen günstigen Augenblick benutzte sie, um eine wertvolle Uhr verschwinden zu lassen. Der Inhaber bemerkte aber das Fehlen der Uhr und übergab die Diebin der Polizei. In ihr wurde eine 18 Jahre alte Kontrollistin aus Dresden festgestellt. Die gestohlenen Sachen gab sie ihrem Liebhaber, einem 21 Jahre alten Tischler von hier, der sie sofort verpfändete. Auch er wurde festgenommen.

Der diebstahlische Schlafkollege. Gestigemorgen und der Staatsanwaltschaft angeführt wurde ein 22 Jahre alter Schlosser von hier. Er steht in diesen Gasthäusern und Herbergen seinen Schlafkollegen, während diese schlafen. Kleidungsstücke, Brieftaschen und Papiere. Als er die Sachen verkaufen wollte, wurde er wiedererkannt und seine Festnahme veranlaßt. In seinem Besitz fand man Papiere vor, die auf 4 verschiedene Namen lauteten. Von der Kriminalpolizei konnten ihm 5 derartige Dokumente nachgewiesen werden, die er auch zugegeben hat. In Döbeln nachgewiesen werden, die er sich bereits unter falschem Namen ein Konto anlegen lassen und Waren auf Kredit entnommen.

Wem gehört das Fahrrad? Vor dem Grundstück Vorwerkstraße 15 wurde am 24. Mai ein Diebstahlversuch ausgeübt. Ein Diebstahlversuch, dessen Sachen aus dem Geschäft „Kontakt“ in der

3. Ich stelle fest, daß ich seit dem März 1907 gewerkschaftlich organisiert bin, also reichlich 21 Jahre. Seit meinem letzten Lehrtage bis jetzt gehörte ich dem Deutschen Metallarbeiterverband an mit folgender Unterbrechung:

Von Mitte 1912 bis Mitte 1914 war ich Mitglied des österreichischen Metallarbeiterverbandes. Vom Frühjahr 1919 bis Mitte 1920 war ich Mitglied bei den Syndikisten und trat dann wieder zum DGB über.

Niemals war ich also seit meiner Lehrzeit gewerkschaftlich unorganisiert, denn auch die Zeit meiner Mitgliedschaft in den Syndikisten wurde mir vom Hauptvorstand aufgezeichnet.

4. Die Unterstellung des Kollegen Stern ist um so vernünftiger, als er in seiner Eigenschaft als Angesteller des DGB sich über die Tatsachen hätte leicht orientieren können. Da er aber trotzdem seine Behauptung im Sterogramm nicht berichtigte, wirft auf seine Wahrheitsliebe ein ganz besonderes Licht.

Nachlänge zum Muttertag

„Die Ostrakantasse mißbilligt...“

Wir erhalten von der Ostrakantasse Dresden folgende Zuschrift:

Zu der Notiz in Nr. 124 Ihrer Zeitung mit der Überschrift „Du sollst Vater und Mutter ehren“ teile ich Ihnen mit, daß weder von dem Unterzeichner, noch von der Verwaltung der Allgem. Ostrakantasse eine besondere Veranstaltung zum Muttertag in den Genesungsheimen angeordnet worden ist. Vielmehr handelt es sich um eine von der Heimleiterin auf ihre eigene Verantwortung durchgeführte Maßnahme. Es ist überflüssig zu sagen, daß Vorstand und Verwaltung der Allgem. Ostrakantasse eine unterschiedliche Behandlung ehrlicher und unehrlicher Mütter mißbilligt. Der Heimleiter ist das Vorherrliche eröffnet worden.

Borschender der Allgem. Ostrakantasse.

Diese Zuschrift des Vorsitzenden der Allgem. Ostrakantasse bestätigt zunächst einmal die Tatsache, daß eine – angeblich ehrliche – Heimleiterin in einem jährlichen Erholungsheim ihre Stellung aus größtmöglicher Mißbraucht. Es ist bekannt, daß in den Krankenhäusern genau so wie in den Erholungsheimen noch immer die Vorherrschaft der „christlichen“ Schwester ungebrochen ist. Daß aber in den Heimen diese „christlichen“ sich bereits wieder so herausfordernd aufzuführen und damit gegen die Arbeiterschaft Stellung nehmen können, zeigt den Machenschaften dieser Leute gegenüber nicht nur ein wachsames Auge zu haben, sondern dafür zu sorgen, daß diese Zustände baldigst beendet werden.

Verlängerung der Straßenbahlinie 18. Heute, Montag den 11. d. M., wird die neuerrichtete Verlängerungsstrecke der Linie 18 und 20 in jeder Fahrtrichtung vor die Kreuzung bis zur Gottfried-Keller-Straße im Betrieb genommen. Die Linie endet in einer Gleiskleiste und führt stadtwärts über Hörigstraße und Hebbelplatz. Die Fahrzeit auf dem neuen etwa 1100 Meter langen Streckenteil beträgt 4 Minuten. Haltestellen befinden

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

B

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID
G. GOHLICH'S
Gartenbetrieb / Blumenhalle
63268

Zigaretten, Zigaretten, Tabake
Willy Krause
Hauptstraße 27 Bahnhofstraße 63269

Musik- und Tabakwaren
GEORG HIPPKE, Hauptstraße 6
63262

Konditorei
Paul Israel, Hauptstraße 60
63262

Spezialhaus für Herrenmoden
Franz Richter & Sohn, Hauptstraße 24
63264

Fleischerei
J. Puschwitz, Hauptstraße 63266

LEBENSMITTEL
Schackert, Hauptstr.
63269

Friseur
Eduard Breuer, Überstraße 28
63266

Dampfbäckerei
Mag. Schreiber, Mühlstraße 18
63266

METROPOL-
LICHTSPIELE
Fahrendes Haus am Platz
63268

Kaufhaus Wernicke
Röderstraße 1
bekannteste Bezugssquelle
63268

Lebensmittel
Else Klemann, Schillerstraße 24
63409

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kl. Schelling, Mühlstraße 23
63267

Hotel Deutsches Haus
(Eine Minute vom Bahnhof)
63269

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Kötzecke, Hauptstraße 3
63260

Spezial-Pußgeschäft
O. Stelzer direkt, Naumann, Hauptstraße 15
63262

KAUFAUS VOSS
Dresdener Ecke Bahnhofstraße
63263

Möbelpreisreparaturanstalt, Leber-
verkauf M. Reebly, Bahnhofstraße 20
63264

Kolonialwaren / Grünwaren
R. FOSSAN, Potsdamer Straße 23
63269

Schokoladen und Süßwaren
Küri "Radeberg" Potsdamer Straße 67
Ottendorf-Ostritz, 21 19; Potsdam, Neumarkt 4; Romenz, Bismarckstraße 7
63310

Brot- und Weißbäckerei
Karl Henrich, Dresden Str. 35
63403

Brot- und Weißbäckerei
Arthur Röntsch, Pillnitzer Str. 10
63003

Kolonialwaren / Rantine
R. Zeller, Pillnitzer Straße 28
63004

Brot- und Feinbäckerei

A. Hupfer, Friedrichstraße 27
63268

RADEBERG

Textil - Wagner
Hauptstraße 16
63267

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK
OTTO RICHTER
Hauptstraße 10
63269

Konfektionshaus
Rudolf Lederer
Hauptstraße 43
63260

Bubikopf - Schnitt und Pflege
Neuschärfen in höchster Vollendung
Wasserwellen / Odulation / Haarscheren
Paul Winkler, Güterbahnhofstr. 2
63269

Kohlen Landesprodukte
Gustav Wallner, Rathenausstr. 33
632610

Fahrräder / Nähmaschinen
Sprechapparate, EMIL KUHN, Röderstraße 6
63403

Möbel- u. Linoleumhaus
Gust. Schex, Röderstraße 22
63264

Lebensmittel
Erich Werner, Überstraße 36
63265

Elettro-Ziebel
Langef. 3. Beleuchtungslörper usw.
63265

Bierhandlung
Erich Hartlein & Sogn, Bismarckstraße 14
63266

Kolonialwaren

Erich Kindler, Röderstraße 16
63268

Schuhhaus Baum
Gärtnerstraße 25
63262

Uhren / Goldwaren / Optik
Alfred Weiß, Hauptstraße 21
63261

Modehaus Karl Schulze
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
zu billigen Preisen, Hauptstraße 57
63268

Herren- und Damengarderobe
Reparatur- und Bügelwerkstatt
Arno Ritter, Hauptstraße 40
63267

Fleischerei
Mag. Siegenbalgs Erben
Hauptstraße 55
63267

Schlächterei
Potsdamer Straße 67
63268

Buchhandlung / Buchbinderei
K. Zimmermanns Erben, Hauptstr. 9
63261

Pelzwaren, Hüte, Mützen
Mag. Domagk, Markt 8
63267

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kolonialwaren
A. Casper, Friedrichstraße 13
63266

Radeberger Fischhalle
E. Houbner, Hirnauer Straße
Edo Berggasse
63267

Fahrräder / Nähmaschinen
Sprechapparate, Hugo Paul, am Bahnhof
63268

Markt-Drogerie Otto Schumann
wird nach Sie gut bedienen!
63267

Möbelhaus und Werkstätte

Otto Thomas, Überstraße 10
63268

WARENAU IKENBERG
Hauptstraße 34
63262

Eisenhandlung, Hauptstraße 10
G. W. Hofmann, Mär. 11. Jänner
63264

Nähmaschinen- und Fahrtrahmen
G. Bürger, Hauptstraße 33
63264

Fleischerei
Mag. Messerschmidt, Hauptstraße 21
63261

Photohaus Dürr
Hauptstraße 24
63261

Schuhhaus Winkler
gegenüber der Post
63268

Delikatessen und Fleischwaren
Joh. Altmann, Hauptstraße 33
63264

Drogen und Farben
+ **Wigand & Heine** +
Gedruckt 1272 Oberstraße 2
63260

Gasthaus „Sächsischer Reiter“
Oberstraße 10 Hulda bzw. Gaud
63264

Radeberger Seifenfabrik
Ernst Görtner & Sohn
Ind. Dora bzw. Gürtner
63261

Herren- und Damenfriseur
Herr. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage
63268

Lederhandlung
Otto Richter, Mittelstraße 6
63261

Fahrräder, Kraftfahrzeuge
H. Oswald, Pirnaer Straße 25
63262

Erste Radeberger Markthalle
Edmund Schmidt
63261

Schuhzentrale Radeberg
Röderstraße 9
63261

Nur dem Geschäftsmann
unser Geld —
der es mit
unserer Zeitung
hält

DRESDEN-OSTSACHSEN

Goldfenn cigarette 4 Pf.
Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.
63410

Wir empfehlen Euch

Trinkt
Meißner Felsenkeller
Cabinet

Fleisch- und Wurstwaren
D. Volgt, Tafelstraße 60
63265

Fluß- u. Seefisch-Spez.-Geschäft
Richard Breckwoldt, Plossenweg 12
63260

Emil Lehmann, Pirischbergstraße 14
Rödelholzwaren
63268

Fleisch- und Wurstwaren
A. Wippner, Nikolskieg. 6
63475

F. W. Bier, Hahnemannplatz 12
Kolonialwaren
63267

Messow & Waldschmidt Nohf.
Adolf Steiner, Oberstraße
Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren
63262

Optiker Wagner, Elbstraße 25
Photoapparate — Brillen
Lieferung sämtl. Krankenkassen
63264

Walter Richter
Feinkost und Kolonialwaren
Schützenstraße 5
63261

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe
H. S. SACHS, Elbstraße 26
Altes Geschäft am Platz
63263

KÖTZSCHEBRODA

Ronzeri- und Ballhans
„Goldener Unter“
Hauptstraße 4
63267

Sportheus Erich Brandt
Bahnhofstraße 18
63268

Schuhhaus Paul Zuff
Bahnhofstraße 12 (Dampfbäckerei)
63214

G. Schadert, Bahnhofstraße 8 a
Kino, Museum, Tabakwaren
63211

E. Röntsch Nachf.
Bergstraße 9
Lebensmittelhaus

Kleider-Winkler
Rehner Straße 28 (Rein-Latz)
63260

Kaiserbrauerei u. Wanderheim
Meißner Straße 144
Beliebte Einkehrstätte
63262

Paul Naumann
Doptier- und Schulbuchhandlung
Gutenbergstraße 19, gegenüber der Schule, Tel. 586
63216

HELLERAU RAHNITZ

LINDENGARTEN

Kreditanstalt der Löfe 1 / Auch Dienststelle im
Freien / Sonntags die kleine Ballmusik
63224

E. Röder, Bahnhofstraße 22
Hüte / Mützen / Herrenartikel
63261

Audi Hude, Bahnhofstraße 21
Stahlwaren-Großgeschäft / Eigene Schleiferi
63267

+ Albert Klunker, Drogene
Sidonienstraße 1 (am Bahnhof)
63268

J. Diederichs, Sidonienstraße 1
Zigarren-Spezial-Geschäft
63268

Carl Friedrich & Co.
Festalozzi, Ede Bahnhofstraße
Vinoleum, Wachstuch, Tapeten
63268

Carl Schaeffer, Großhainer Str. 62
Vorteilsliste Bezugsquelle 63. Lebensmittel
63262

Gasthaus u. Fleischerei
„Zur guten Quelle“, Meißner Straße 15
63413

All. Möbel- und Bautischlerarbeiten
Herr zu Güntzles Bedingungen
Max Müller, Dresden Str. 218 b
63414

DRESDEN-LEUBEN

Erich Schäfer, Leubnitzerstraße 6
Drogen, Farben und Photoanlagen
Kolonialwaren, Süßigkeiten
63223

STEPHENSON-LICHTSPIELE
Leuben

Großes modernes Lichtspielhaus
600 Sitzplätze / Künstlerkapelle
63275

Robert Müller
Manufaktur u. Modewaren
Dresden-Leuben, Pirnaer Landstr. 125
63225

WILSCHDORF

Paul Lehner, Fleisch- u. Wurstwaren
Reichenberger Straße 31
63403

HELLERAU RAHNITZ

ALBERT SCHMIEDGEN

Dresdener Straße 16

H. Fleisch- und Wurstwaren

63264

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Richard Thomalla,
Königstr. 2 und Ruhema
63451

KURT BENAD
Wäscheaussortierung, Herrenartikel
Herrenstraße 5
63452

Trinkt Bier der
Kamenzer Brauerei
63453

MAX ZSCHOKE</

Das ist der Koalitionskurs der ADGB-Führer!

Ausschüsse oppositioneller Gewerkschaftler

Genosse Lüttich, 1. Bevollmächtigter des DMB Halle, ausgeschlossen!

Wegen Erfüllung seiner Pflicht als Stadtverordneter?

Die sozialdemokratische Führung des DMB hat einen weiteren propagatorischen Gewaltstreit verübt. Genosse Karl Lüttich, 1. Bevollmächtigter des DMB-Halle, ist aus dem Verband ausgeschlossen worden. Die unerhörte Provokation erfolgte unter einer geradezu ungeheuerlichen Begründung.

Es kann nichts gegen den Genossen Lüttich ins Feld geführt werden als folgendes: Während des mitteldeutschen Metallarbeiterkreises hat die Kommunistische Stadtverordnetenfraktion von Halle^a, S einen Antrag eingebracht, daß für Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter städtische Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen.

Genosse Lüttich hat weder an der Ausarbeitung dieses Antrags gearbeitet, noch hat er dazu geprrochen. Genosse Lüttich war lediglich in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung anwesend und hat für den Antrag gestimmt.

Der Ausschluß aus dem Verband wird nun ausgesprochen, weil Genosse Lüttich für kommunale Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter gestimmt hat! Fühlt nicht jeder ehrlich denkende Metallarbeiter, daß er gegen diese ungemeinerliche Praxis der DMB-Führung kämpfen muß?

Die DMB-Bürokratie behauptet, doch durch solche Unterstützungsanträge in Gemeindeparlamenten dem Kampf der Arbeiter geschadet werde. Diese Behauptung wird wider bestreite Lebhaftigkeit aufgestellt, denn jeder Arbeiter weiß, daß durch kommunale Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten die Kraft der Arbeiter nur gestärkt wird. Wohl hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Halle gegen den Unterstützungsantrag gestimmt, doch diese Haltung war dictiert von dem Koalitionskurs, den die SPD steuert. Die SPD will ihr Bündnisverhältnis zu den bürgerlichen Parteien nicht trüben.

Die Arbeiterschaft steht geschlossen auf dem Standpunkt der Kommunisten. Die sozialdemokratische Stadtverordneten sind oft nicht in der Lage, den Standpunkt ihrer Partei zu verteidigen, weil sie sich wohl bewußt sind, daß die Ablehnung solcher kommunaler Unterstützung ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist. Das zeigt sich besonders in Sachsen, wo die SPD-Stadtverordneten unter dem Druck der Arbeiter mehrfach für kommunale Unterstützung Streikenden und Ausgesperrterstimmen mußten.

In Chemnitz stellt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion nach Ablehnung des weitergehenden kommunalen Antrages den Antrag, den streikenden und ausgesperrten Arbeitern bei besonderer Notlage der Antragsteller aus den Mitteln des Wohlfahrtsamtes in weitestgehender Weise Unterstützung zu gewähren. Dieser Antrag wurde auch durch die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit angenommen.

In Niederhermsdorf stimmte die SPD für folgende Teile des kommunistischen Antrages:

Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern ist auf ihren Antrag Unterstützung aus Fürsorgemitteln in der Höhe der festgelegten Unterstützungssätze zu gewähren.

Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern die Mietzinssteuer für April zu erlassen und auf ihren Antrag zurückzuzahlen.

In Bischachwitz stimmte die SPD für 75prozentige Mietshilfe für Streikende und Ausgesperrte.

Wohl hat die SPD in den meisten Orten gegen die kommunale Unterstützung gestimmt doch zeigen obige Beispiele, wie ein Teil der SPD-Stadtverordneten dieser schroff arbeiterfeindlichen Linie nicht ganz folgen konnte.

Es ist unnötig, noch ein Wort mehr zu der infamen „Begründung“ des Ausschlusses des Genossen Lüttich zu sagen.

Es kam dem DMB-Hauptvorstand darauf an, diesen aufstrebenden Vorsitzenden der Halleschen Metallarbeiter zur Strecke zu bringen. Gegen Genosse Lüttich ist seit Jahr und Tag ein wahres Kettentreiben veranstaltet worden. Schon vorher hatten die Reformisten nicht weniger als vier Ausschlußverfahren gegen ihn durchgeführt, die sämtlich in sich zusammengebrochen sind. Das vierte Ausschlußverfahren wurde eingeleitet, weil die Frau (?) des Genossen Lüttich auf einer oppositionellen Liste zur Kandidaturwahl stand. Das zeigt, wie man um jeden Preis den Genossen Lüttich aus dem Verband entfernen wollte.

Nun hat die DMB-Bürokratie zu einem Gewaltstreit geprüft. Sie hat es eilig, im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik die Gewerkschaften zu „räubern“. Aber diese hässliche Spaltungspolitik muß auf den geschlossenen Widerstand aller Metallarbeiter, der Gesamtarbeiterchaft stoßen. Es ist genug!

Heraus zur Gegenwehr!

Genosse Schubert, Eisen, aus dem DMB ausgeschlossen!

Die sozialdemokratische Bürokratie des DMB hat jetzt den Genossen Schubert, Eisen, aus dem Verband ausgeschlossen. Genosse Schubert war Spitzenkandidat der Opposition für die Verhandlungen.

Als Ausschlußgrund führt die DMB-Bürokratie folgendes an:

Genosse Schubert hat in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu der Entlassung von 400 Bergarbeitern auf der preußischen Staatszeche „Hohenstaufen“ gekämpft. Diesen Massenentlassungen hatte der sozialdemokratische Direktor Osterroth zugestimmt, und die Leitung des Bergarbeiterverbandes hat nichts getan, um die Entlassungen zu verhindern. Wohl nun Genosse Schubert am Verhalten der Osterroth und Huismann kritisiert habe, hat jegt die DMB-Bürokratie den Ausschluß vorgenommen.

Schon diese „Begründung“ zeigt, daß sie nur ein Vorwand ist. Da Wirklichkeit geht es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern um die Sicherung des Koalitionskurses der SPD. Immer enger soll die Organisation der freien Gewerkschaften eingekleidet werden in den Staatapparat der kapitalistischen Gesellschaft. Mit Hilfe der SPD und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie will die Bourgeoisie die elementaren Forderungen der Arbeiter abwehren und sie immer tiefer in die Verblendung drücken. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben dabei die Aufgabe, die Reihen der Arbeiter vom Kampf abzuhalten, sie zu verzieren und zu schwächen. Darum geben sie jetzt mit aller Brutalität und mit empörendem Willkür gegen diejenigen vor, die die Massen zum Kampf einrufen und gegen das Kapital mobilisieren, gegen die Vorträger der Opposition. Wie eine Koalitionsregierung sofort verschärft Polizei- und Unterdrückungsmassnahmen gegen die Arbeiterschaft anwendet, so ergreift die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie verschärft Maßnahmen gegen die Opposition. Das ist der Koalitionskurs.

Die Metallarbeiter, alle Gewerkschaftsmitglieder müssen sich zur Wehr rüsten. Heraus zum Protest! Kämpft gegen die Spaltungspolitik, gegen den Koalitionskurs der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie!

Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Auf der Tagesordnung der am 5. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter waren folgende Punkte festgelegt:

1. Vortrag des Filialvorsitzenden Förster
2. Ratsbericht
3. Bericht von der Landeskongress
4. Verschiedenes.

Auf Antrag des Kollegen Lade wurde Punkt 3 an erster Stelle behandelt.

Der Filialvorsitzende Förster berichtete von der Landeskongress. Er verteidigte die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes und konnte die ablehnende Haltung der kleinen Filialen, die ihrerseits entsprechende Abänderungsanträge gestellt hatten, nicht verstehen.

Kollege Gruner nahm zu den Ausführungen des Filialvorsitzenden Förster und zu den auf der Landeskongressversammlung geäußerten Anträgen entsprechend Stellung. Die Anträge der kleinen Filialen enthielten: Schlüss zu machen mit dem Schlichtungswindel, Erhöhung der Gewahrsageregeln und Streikunterstützung, Einschränkung der Rechte des Verbandsvorstandes, weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft. Die Arbeiter der kleinen Gemeinden verstanden also sehr wohl die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes, die der Vorsitzende, Kollege Förster, nicht versteht wollte. Kollege Gruner gab weiter bekannt, daß die Delegierten auf der Landeskongressversammlung den Programmwirks deshalb abgelehnt haben, weil darin der weitere Ausbau des Schlichtungswesens festgelegt werden soll. Der Verbandsvorstand fordert einen Stundenlohn als Wochenbeitrag von den Mitgliedern, da aber der 45te Teil des Wochenbeitrags erhoben werden soll, ist der Beitrag höher als ein Stundenlohn.

Da anzunehmen ist, daß der Verbandsvorstand die gesetzte Beitragserhöhung bewilligen wird, wurde der Antrag gestellt, die Gewahrsageregeln und Streikunterstützung zu erhöhen, und zwar folgende Staffelung:

Bei einem Wochenbeitrag von	
20 Pf. = 6,- M.	65 Pf. = 19,50 M.
25 Pf. = 7,- M.	70 Pf. = 21,- M.
30 Pf. = 9,- M.	75 Pf. = 22,50 M.
35 Pf. = 10,50 M.	80 Pf. = 24,- M.
40 Pf. = 12,- M.	85 Pf. = 25,50 M.
45 Pf. = 13,50 M.	90 Pf. = 27,- M.
50 Pf. = 15,- M.	95 Pf. = 28,50 M.
55 Pf. = 16,50 M.	100 Pf. = 30,- M.
60 Pf. = 18,- M.	

Und 3 Mark bei je 10 Pf. Beitrag mehr. Zu dieser Unterstützung erhält jedes Mitglied für Frau und jedes unterhaltungspflichtige Kind 3 Mark pro Woche Zuschuß. Die gesamte Unterstützung darf den Bruttolohn, den der Arbeiter bezogen haben würde, nicht übersteigen.

Kollege Gruner kannte die Notwendigkeit der Anstellung eines dritten Verbandsvorstandes sowie eines dritten Sekretärs zur Zeit nicht zu erkennen. Kollege Weidner forderte in einem Antrag:

Der Verbandsvorstand beschließt, vor Ablauf der Kündigungsfrist des Reichsmantariates deutscher Gemeindearbeiter mit dem Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden in Verhandlung zu treten mit dem Ziel:

1. die Arbeitszeit auf 46 Stunden festzulegen mit der Forderung, daß am Sonnabend nur 6 Stunden gearbeitet wird;
2. daß der Bruttolohn auf 100 Prozent festgelegt wird;
3. der Urlaub für alle Arbeiter beträgt mindestens 12 Werktagen;

4. Ruhelohn für alle Arbeiter ohne Beitragsleistung und ohne Abrechnung der Sozialversicherung auf 80 Prozent des Lohnes;
5. Überstunden sind grundsätzlich verboten, wo notwendig, nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung und grundsäßliche Abrechnung;
6. Zuschläge an Sonn- und Feiertagen 100 Prozent, Überstunden 50 Prozent, Nachzuschlag 50 Prozent zu zahlen.

Kollege Kirchhoff wartete in der Diskussion mit den ihm eigenen Ansprüchen gegenüber der Opposition auf. Sachliches zur Verbandsvorlage konnte er nicht vorbringen. Die übrigen Redner der SPD-Vorstand, Pellegrini und Weisse, widersprachen sich in ihren Ausführungen gegenüber dem Kollegen Gruner. Der eine behauptete, Kollege Gruner habe geschlafen, während der andere behauptete, Kollege Gruner habe dauernd gesprochen.

Im Schlusswort verteidigte der Vorsitzende, Kollege Förster, die Vorlage des Verbandsvorstandes und die Haltung der Delegierten, die mit der Politik des Verbandsvorstandes einverstanden sind, und hielt eine Lobrede auf die Große Koalition.

Die eingebrachten Anträge sollten dem Filialvorstand überwiesen werden, was jedoch die Versammlung ablehnte.

Unter lautem Verschiedenes konnte Kollege Wagner berichten, daß laut Bericht der Dresdner Volkszeitung Vertreter des ADGB und des AA auf dem Evangel.-Sozial. Kongress als Vertreter der Arbeiter und Angestellten anwesend waren. Ein Bericht darüber, wie weit die politische Betumpfung dieser Führergruppe gediehen ist. Die hierzu gestellte Entschließung:

In der Dresdner Volkszeitung vom 30. Mai 1928 ist ein Bericht über den 35. Evangel.-Sozial. Kongress enthalten. Aus diesem Bericht ist zu erkennen, daß an diesem Kongress auch der ADGB und der AA und teilgenommen haben. Die am 5. Juni im Keglerheim verhaupteten Mitglieder des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter erblicken in der Teilnahme an diesem Kongress eine schwere Schädigung des Anschlusses der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und erhalten dagegen kräftigen Protest.

wurde gegen die Stimmen der SPD-Kreisdekanen Pellegrini und Kirchhoff angenommen. Ein weiterer Antrag des Kollegen Wagner, an den Verbandsvorstand gerichtet, fordert Beseitigung des Schlichtungswesens:

Antrag

Das Schlichtungswesen ist ein Mittel der Unternehmer und ihres kapitalistischen Staatsapparates zur Knebelung der Arbeiter. Unterstützung des Schlichtungswesens und Anerkennung des Zwangswesens bedeutet Verzicht auf die Durchsetzung der Arbeiterforderungen durch Streik. Der Verband bekämpft deshalb prinzipiell das Schlichtungswesen und lehnt die Einführung durch Vertreter zu Schlichtungsverhandlungen ab.

Ein Antrag des Kollegen Lade verlangte Änderung des Verbandsstatuts:

Antrag

Der § 2 des Statuts erhält folgende Fassung:

1. Der Verband steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Er beweist die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder und kämpft für die Befreiung der kapitalistischen Lohnsklaverei, für den Sozialismus.

Kollegen Gemeindearbeiter! Erkennt die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit, wählt revolutionäre Kandidaten zum Verbandstag!

Berantwortliche Abgeordnete: für Inner- und Außenpolitik: Rudolf Henner; für Kultur, Gewerkschaftliches Sport und Freizeit: Richard Spengler; für den Justizkant: Walter Busch; im Kreis: Dresden-Verlag; Dresdner Verlagsgeellschaft - Dr. Heinz Deutscher; Kulturrektion Dresden.

durchlebt haben.“ Und grimmig dachte er weiter: „Die Frau des „Alten“ hat keine weißen Haare, die sieht wie ein junges Mädchen aus. Ich wollte gar nicht glauben, daß sie es sei, als dann sie mit lärmig auf der Straße zeigte.“ Annie wunderte sich nicht über Michael Crimsons mürrisches Schweigen; sie kannte seine Art.

„Warum Sie, Mike, gleich bekommen Sie eine Tasse Tee; das Wasser findet Ihnen.“

Sie trat an den Herd, drehte ihm den Rücken zu. „Fräulein Annie,“ sagte Michael Crimson hastig. „Sie haben da einen alten Mann ... ich weiß nicht, wer er ist, will es auch nicht wissen, möglicherweise nur eines sagen: wenn Ihnen der alte Mann lieb ist, so loren Sie dafür, daß er so rasch wie möglich verschwindet. Es wäre am besten, ihn in eine andere Stadt zu versetzen. Versetzen Sie.“

Das Mädchen wandte sich verblüfft um. „Aber Mike ...“

„Ich werde kein weiteres Wort darüber reden. Fragen Sie mich nicht! Befolgen Sie meinen Rat.“

„Sie wissen, daß ich zu Ihnen großes Vertrauen habe, Mike, unbeschränktes Vertrauen. Sie sind ein anständiger Mensch ...“

Michael Crimson lachte, sagte dann aber, ernst werdend:

„Für Sie bin ich ein anständiger Mensch, Fräulein Annie. Fragen Sie mich nichts, aber: lassen Sie den alten Mann verschwinden.“

Er erhob sich. „Ich gehe jetzt. Heute ist Sonntag, da darf man nicht arbeiten, und ich bin ein frommer Mensch, ebenso stumm und gottesfürchtig wie mein Arbeitgeber: ich arbeite am Sonntag nicht. Aber am Montag fange ich wieder an; verstecken Sie Annie?“

Er legte die Hand auf die Türklinke. Das Mädchen lief ihm nach: „Mike! Ich verstecke Sie nicht; Sie müssen mir sagten ...“

Aber der Spiegel hatte bereits die Tür geschlossen und rannte die Treppe hinab, als ob Hundert Teufel hinter ihm her wären.

O'Ree begab sich an den drei folgenden Tagen vergebens in den Zentralpark; der alte Mann ließ sich nicht blenden. Dieser Umstand erwachte in dem Reporter den Verdacht, daß es sich hier tatsächlich um ein Geheimnis möglicherweise um ein Verbrechen handle. Er sprach diese Ansicht Jack Benson, sowie auch Harven Word gegenüber aus, den er inzwischen kennengelernt hatte.

Benson nickte: „Es geschehen gar seltsame Dinge in unserem Lande der Freiheit,“ meinte er. „Wir beide wissen das nur allzu gut, nicht wahr, Harven?“

„Ja,“ erwiderte tiefsinnig der bekannte Psychiater.

O'Ree blieb ihn feindseligem Blick an. Jack Benson hatte ihm die tragischen Ereignisse dieses Mannes erzählt, ihm be-

richtet, wie es kam, daß dieser Kapitalistenlohn sich völlig von seiner Klasse trennte und der Arbeiterklasse angelassen hatte. O'Ree schien es bisweilen, als ob Harven Word in gewissen Beziehungen nicht mehr ganz normal sei; der Psychiater hatte noch nie im Gesicht eines Menschen einen derart wilden Haß gesehen, wie in Words Augen, wenn die Rede auf Ku-Klux-Klan oder die Better-America-Federation kam.

Die drei saßen in Harven Words Arbeitszimmer. Auch die Einrichtung dieses Raumes verriet zumindest einen seltsamen Geschmack. Überall hingen Bilder des Hasses und des Grauens. Und unter dem einzigen heiteren Bild, dem Porträt einer schönen jungen Frau, war ein kleiner Revolver angebracht, unter dem auf der rotgeläufigten Mauer in schwarzen Lettern geschrieben stand: „Augen um Augen, Zahn um Zahn.“

„Geben Sie mir Ihr Notizbuch, O'Ree,“ bat Word. „Ich möchte mit die Antworten des alten Mannes noch einmal anschauen. Vielleicht gelingt es mir dennoch, einen Sinn zu entdecken.“

O'Ree reichte ihm das Buch und Word las: „Jugend – Wahnsinn!“

„Hier ist der Zusammenhang völlig unverständlich,“ meinte der Psychiater. „Ebenso bei den folgenden Worten Schönheit – Tod.“ Er las weiter: „Wasser – Blau.“

„Sie dürfen nicht vergessen, daß der alte Mann als er diese Antwort gab, einen Teich sah, der eine ausgesprochen grüne Farbe hatte,“ warf O'Ree ein.

Die Konsumgenossenschaftliche Jubiläumswoche



als Werbewecke für GEG-Erzeugnisse



Schnittnuedeln Ia, lose... Pf. 48,-
Gemüsenudeln... Paket 54,- 27,-
Hähnchenudeln, lose... Pf. 52,-
Hähnchenudeln... Paket 58,- 29,-
Gierschmittnuedeln... Paket 80,- 40,-
Gierschmittnuedeln, lose... Pf. 64,-
Gierschmittnuedeln... Paket 75,- 38,-
Gier-Schleischen, lose... Pf. 72,-
Gier-Schleischen... Paket 42,-
Figurennudeln, lose... Pf. 48,-

Maffaroni, allerfeinste, lose, Pf. 60,-
Maffaroni, allerfeinste, Paket 65,- 33,-
Giermaffaroni... Paket 75,- 38,-
Maffaronihörnchen... Paket 32,-
Teiggruppen, lose... Pf. 48,-
Teiggruppen... Paket 27,-
Gierteiggruppen... Paket 38,-
Spaghetti, lose... Pf. 60,-
Spaghetti... Paket 35,-

Häserlocken, lose... Pf. 30,-
Häserlocken in Paketen, Paket 52,- 27,-
Weizengrieß... Pf. 30,-
Hartmeizengrieß... Pf. 32,-
Backpulver... Paket 8,-
Puddingpulver... Paket 16,- 10,-
Vanille-Sohlenpulver... Paket 5,-
Vanillezucker... Paket 5,-
Maiskernpuder... Paket 30,-

Malzkaffee, lose... Pf. 36,-
Kornkaffee, lose... Pf. 36,-
Gerstenkaffee, lose... Pf. 30,-
Gerstenkaffee in Paketen
Paket 44,- 22,-



Konsumform
Paket 54,- 28,-
GEG-Kaffeezubehör
Stiel 35,-
GEG-Sparzigarre
Rolle 30,- 15,-



Kakao
braun... 1/4-Pfund-Paket 40,-
blau... 1/4-Pfund-Paket 50,-
gold... 1/4-Pfund-Paket 60,-
lose... Pfund 1,20

Lafel-Schokoladen
in der reichsten Auswahl zu günstigen Preisen

In dieser Werbewecke gewähren wir in allen Verteilungsstellen auf den Wert der vorstehend aufgeführten GEG-Erzeugnisse die

Doppelte Rückvergütung

KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Abgabe nur an Mitglieder. Mitglied kann jeder werden.

Z